

Bekanntmachung

Planfeststellung für die „Anbindung Schwerin-Süd an die Autobahn “

Die Landeshauptstadt Schwerin hat für das oben genannte Bauvorhaben die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nach § 45 Straßen- und Wegegesetz Mecklenburg-Vorpommern (StrWG M-V) in Verbindung mit §§ 72 ff Verwaltungsverfahrensgesetz Mecklenburg-Vorpommern (VwVfG M-V) beantragt.

Es sollen Grundstücke in folgenden Bereichen in Anspruch genommen werden:

Gemarkung Göhren Stadt Schwerin Flur 2
Gemarkung Krebsförden Fluren 7, 8 und 9
Gemarkung Plate Flur 1
Perlin Fluren 2 und 3
Warsow Flur 2

Für das Vorhaben besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung M-V (LUVPG M-V).

Aufgrund der vorhabenbedingten Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 5 UVPG ist die Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens zu beteiligen. Hierzu liegen insbesondere folgende Unterlagen vor:

Unterlage	Inhalt	Ordner
1	Erläuterungsbericht	1
2	Übersichtskarte	1
3	Übersichtslageplan	1
5	Lagepläne	1
6	Höhenpläne	1
9	Landschaftspflegerische Maßnahmen	2
9.1	Maßnahmenübersichtsplan	2
9.2	Maßnahmenplan	2
9.3	Maßnahmenblätter	3
9.4	Gegenüberstellung von Eingriff und Kompensation	3
9.5	Bodenschutzkonzept, Bodenschutzplan	3
11	Regelungsverzeichnis	4
16	Sonstige Pläne	4
17	Immissionsschutzrechtliche Untersuchung WRRL, RUuS, Schall, Seveso	5
18	Wassertechnische Untersuchungen	5
19	Landschaftspflegerischer Begleitplan	5
19.1	Erläuterungsbericht, Bestands- und Konfliktplan, Anlagen des LBP, Biotoptykartierung	5
19.2	Artenschutzfachbeitrag	5
19.3	Natura 2000 – Vorprüfungen Karten	5
19.4	Umweltverträglichkeitsstudie; Bestand und Auswirkungen	6
19.5	Bodenschutzkonzept nach DIN 19639	6

19.6	Klimaschutzfachbeitrag	6
19.7	Antrag auf Waldumbau	6
19.8	Faunistische Kartierberichte	7
19.9	Biotoptypenkartierung	7
19.10	UVP-Bericht	7
19. 11	Fachbeitrag Wiederherstellungsverordnung EU	7
	Materialband	
22	Verkehrsqualität, Verkehrstechnische Untersuchung	7
23	Verkehrssicherheit	7
24	Gesamtverkehrsmodell der Stadt Schwerin Scoping- Unterlage Ökosystemleistungen Realkompensation Landesforstanstalt Fachbeurteilung Kollisionswirkung Fahrzeughöhen Weiterführende LBP-Unterlagen Stellungnahmen	M

Die vorstehenden Unterlagen enthalten die wesentlichen entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß §§ 16, 19 Abs. 2 und 3 UVPG in materieller und formeller Hinsicht.

Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) liegt in der Zeit

vom 15.09.2026 bis zum 16.10.2026

im
 Stadthaus Schwerin
 Am Packhof 2-6
 19053 Schwerin

Amt Crivitz
 Amtsstraße 5
 19089 Crivitz

Amt Lützow-Lübstorf
 Dorfmitte 24
 19209 Lützow

Amt Stralendorf -Der Amtsvorsteher-
 Dorfstraße 30
 19073 Stralendorf

während folgender Zeiten (je nach Amt überprüfen und einpflegen)

in Schwerin:

Montag	8.00 – 14:00 Uhr
Dienstag	9:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag	9:00 – 14:00 Uhr

In Crivitz:

Montag	8.00 – 12:00 Uhr
Dienstag	9:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag	9:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 18:00 Uhr
Freitag	9:00 – 12:00 Uhr

In Stralendorf:

Montag	8.00 – 12:00 Uhr und 13:00 – 15:00 Uhr
Dienstag	8:00 – 12:00 Uhr und 13:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag	9:00 – 12:00 und 13:00 – 18:00 Uhr
Freitag	9:00 – 12:00 Uhr

In Lützwow:

Montag	8.00 – 12:00 Uhr und 13:00 – 15:00 Uhr
Dienstag	8:00 – 12:00 Uhr und 13:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag	9:00 – 12:00 und 13:00 – 18:00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Die Planunterlagen können außerdem in digitaler Form auf der Internetseite der Landeshauptstadt Schwerin unter folgendem Link eingesehen werden:

www.schwerin.de
[Bekanntmachungen - Landeshauptstadt Schwerin](#)

www.amt-crivitz.de

www.amt-stralendorf.de

www.luetzow-luebstorf.de

Die Planunterlagen können auch in digitaler Form auf der Internetseite des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr M-V unter folgendem Link eingesehen werden:

<https://www.strassen-mv.de/planfeststellung/anhoerungen/>

Maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen (§ 27 a Abs. 1 VwVfG M-V).

1. Jeder kann bis spätestens einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, das heißt

bis zum 16.11.2026

bei

- dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr M-V, Blücherstraße 1, 18055 Rostock (schriftlich oder zur Niederschrift)

PFV-Suedanbindung-Schwerin@sbv.mv-regierung.de

(elektronisch; bitte mit vollständiger ladungsfähiger Absenderadresse und mit Einwendung als unterschriebener Anhang)

oder

- Stadt Schwerin, Am Packhof 2-6 (Stadthaus) 19053 Schwerin (schriftlich oder zur Niederschrift)

oder

- Amt Crivitz, Amtsstraße 5, Zimmer 126, 19089 Crivitz (schriftlich oder per Niederschrift)

oder

- Amt Stralendorf, Dorfstraße 30, 19073 Stralendorf (schriftlich oder per Niederschrift)

oder

- Amt Lützow-Lübstorf, Dorfmitte 24, 19209 Lützow (schriftlich oder per Niederschrift)

Einwendungen gegen den Plan erheben.

Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß der Beeinträchtigung erkennen lassen.

Nach Ablauf dieser Einwendungsfrist sind Einwendungen ausgeschlossen (§ 45 Abs. 8 StrWG M-V i. V. m. § 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG M-V). Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen sind nach Ablauf dieser Frist ebenfalls ausgeschlossen (§ 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG M-V). Der Einwendungsausschluss beschränkt sich bei Einwendungen und Stellungnahmen, die sich auf die Schutzgüter nach § 2 Abs.1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beziehen, nur auf dieses Verwaltungsverfahren.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen.

Der Vertreter hat durch Unterzeichnen sein Einverständnis zu bekunden. Andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

2. Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden.

Ferner werden diejenigen, die fristgemäß Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Einwendungen wird der Vertreter von dem Termin gesondert benachrichtigt (§ 17 VwVfG M-V). Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.
Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

3. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.
4. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
5. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
6. Vom Beginn der Auslegung des Planes treten die Anbaubeschränkungen nach § 33 i. V. m. § 31 Abs. 1- 4 und § 32 Abs. 1 StrWG M-V und die Veränderungssperre nach § 46 Abs. 1 StrWG M-V in Kraft.
Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu.
7. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens werden Daten von Privatpersonen (Name und Anschrift) ausschließlich für das Verfahren erfasst und verarbeitet.
Für die öffentliche Auslegung der Unterlagen werden die Personendaten von Grundstücksbetroffenen in verschlüsselter Form dargestellt. Die entsprechende Schlüsselnummer wird den Betroffenen in einem Schreiben durch die Planfeststellungsbehörde personengebunden mitgeteilt.
Soweit Privatpersonen im Anhörungsverfahren Einwendungen erheben, erfolgt die Erfassung der personenbezogenen Daten in Form von Listen. Auch hier erfolgt eine Verschlüsselung der Daten. Auskunft zu den erhobenen personenbezogenen Daten im Planfeststellungsverfahren erteilt auf Antrag das Landesamt für Straßenbau und Verkehr Mecklenburg-Vorpommern, Blücherstraße 1, 18055 Rostock (§ 24 Datenschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern).